

Corona – Raus aus dem Panikmodus!

Von Peter Helmes

Diese Meldung verfolgt uns (schon wieder): „Die Bundesregierung plant neue Corona-Schutzmaßnahmen.“ Inzwischen klingt dieser Satz wie das Märchen vom „immer wieder grüßenden Murmeltier“. Corona beherrscht unser Tun und Denken – auch wenn niemand weiß, wohin es führt. Aber der Satz steht und steht und steht.

Es ist – wie so häufig – der bundeskrankschwätzende „Gesundheitsminister“ Karl Lauterbach, der sich an die Spitze der ~~irren~~ Chaoten gesetzt hat und der Menschheit wieder und wieder einredet, daß „im Herbst“ eine neue Corona-Panik ausbrechen wird und nur Lauter-Karlchen weiß, wie sie verhindert werden kann.

Der CDU-Gesundheitsexperte Erwin Rüdell, Bundestagsabgeordneter aus Neuwied, hält den von Lauterbach vorgezeichneten Weg für einen Irrweg. Er wirft Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) Panikmache vor – und geht selbst von einem relativ entspannten Corona-Herbst und -Winter aus.

„Die Bundesregierung hat einen Vorschlag für die Corona-Schutzmaßnahmen vorgestellt, die ab Oktober gelten sollen. Mit den geplanten Regelungen, beispielsweise zur Maskenpflicht, entfernt Deutschland sich immer weiter von seinen europäischen Nachbarn. In diesen Ländern werden nach und nach der Großteil der Einschränkungen abgeschafft, ohne dass die jeweiligen Gesundheitssysteme überlastet würden oder eine signifikante Übersterblichkeit festgestellt würde. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die Pandemie nicht wegstet, weggeimpft oder wegabgesondert werden kann. Wir werden vielmehr auf absehbare Zeit mit Corona leben...“ (Rüdell).

Bei all seinem Geschrei übersieht Lauterbach nämlich ein wichtiges Momentum: **Mit den zur Verfügung stehenden Impfungen, den Medikamenten, den leichteren Varianten aber auch der besseren Grundimmunität in der Bevölkerung sind wir in einer gänzlich anderen Situation als noch vor zwei Jahren. Das Risiko schwerer Verläufe sinkt also immer weiter.**

Eine Voraussetzung sollte aber bestehen bleiben: In Gesundheitseinrichtungen und Einrichtungen, in denen sich gesundheitlich gefährdete Menschen aufhalten, sollten eine Maskenpflicht und Quarantäneregelungen vorgehalten werden.

Wer will, sollte sich zur Impfpflicht an die Empfehlung der Ständigen Impfkommision halten, die die vierte Impfung für Menschen ab 60 Jahren empfiehlt; bei jüngeren sieht sie jedoch keinen wesentlichen Schutz vor einem schweren Verlauf. Daß gerade ein Minister, der für sich selbst immer Wissenschaftlichkeit in Anspruch nimmt, entgegen den Erkenntnissen und Empfehlungen der StiKo handelt, halte ich für bemerkenswert.

Es gibt nur noch wenige Menschen, die nicht auf die eine oder andere Art Immunität gegen Corona aufgebaut haben. Deshalb wäre es aktuell sinnvoller, offensiv für eine Grippeimpfung zu werben, um eine große Grippewelle und insbesondere Doppelinfektionen zu vermeiden.

Das Infektionsschutzgesetz räumt den Bundesländern die Möglichkeit ein, viele Maßnahmen eigenständig einzuführen. Dabei sollten wir insbesondere für Gesunde und Jüngere wieder mehr Normalität und Eigenverantwortung zulassen. Dazu gehört beispielsweise, sich von

Menschenansammlungen fernzuhalten, wenn man eine Infektion vermeiden möchte, da diese das höchste Infektionsrisiko bergen. Und wer krank und ansteckend ist, der soll zuhause bleiben, so wie bei anderen Erkrankungen auch. Das muß nicht gesetzgeberisch geregelt werden. Darüber hinaus ergibt die jetzige Quarantäneregulierung in einer Situation ohne Testpflicht sowieso keinen Sinn mehr und gehört auch deshalb abgeschafft.

MdB Rüdiger Wiegmann warnt eindringlich vor zuviel Bevormundung:

„Ich befürchte, wenn wir jetzt nicht den Weg zurück zu mehr Eigenverantwortung finden, werden irgendwann auch Maßnahmen ergriffen im Zusammenhang mit Grippe oder anderen Erkältungskrankheiten. Es gibt über 100 Atemwegserkrankungen und Corona ist eine davon.“

Ohne eine Evidenzgrundlage sollten keine bestehenden Maßnahmen mehr verlängert oder neue Maßnahmen eingeführt werden. Wir brauchen dringend Daten und Fakten, um die aktuell bestehende Dauerschleife zu beenden. Wichtig wäre deshalb, ein Immunitätsregister, um eine entsprechende Datengrundlage zur Verfügung zu haben...“

Aber auch die negativen Auswirkungen von Maßnahmen auf Kinder, wie beispielsweise Schulschließungen, müssen stärker beachtet werden. Bei einer Reform des Infektionsschutzgesetzes müssen die Rechte von Kindern und Jugendlichen ganz besondere Beachtung finden, um dieser Gruppe wieder Normalität zu ermöglichen. Der am 03. August vorgestellte Vorschlag des IfSG (Infektionsschutzgesetz) ist in dieser Hinsicht völlig unzureichend.

Wir brauchen eine Gesellschaft, die nicht immer mehr verunsichert wird durch eine Krise, die größtenteils schon hinter uns liegt, sondern sich wieder stärker darauf konzentrieren kann (und auch wieder lernen muß), ihre Probleme in mehr Eigenverantwortung zu lösen.

Deshalb wird es Zeit, den Panikmodus zu verlassen.

23.08.2022